

Erzgebirgischer Volksfreund

Der Erzgebirgische Volksfreund erscheint täglich mit Sonntagsheft und Sonn- und Feiertagen.
Sonderpreis: monatlich Mark 25.— durch die Post abweichen bis zu 25.— monatlich Mark 25.—
Sonderpreis (erstklassig, ausgeweitet): im Wechselschreiber der Firma der Igo, Schmiede 4.— Mk., außer 5.— Mk., im amtlichen Teil bis 10.— Mk., monatlich 20.— Mk., im Notkammert die Preissatz 15.— Mk., monatlich 17.— Mk.

Gesetzliche Rasse: Leipzig Nr. 12220.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Kreisbeamten in Schwarzenberg, der Städt. u. Räthlichen Behörden in Schneeberg, Zschopau, Marienberg, Grünhain, sowie der Finanzamter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Aue.

Verlag G. M. Görlner, Aue, Erzgeb.

Redakteur: Otto H. Spatz (Amt. Nr.) 40, Schneeberg 10, Schwarzenberg 10. Druckerei: Spatzdruck Aue.

Kreisgerichtsamt für die am Hochstift erreichbaren Männer bis einschließlich 20 Jahre im ganzen Kreisgebiet. Das Gericht für die Bevölkerung der Kreisgemeinden am vorliegenden Tage sowie an bestimmten Orten nicht zugelassen, auch nicht für die Städte und durch entsprechende Einrichtungen. — Der Hochstift unterliegt einer besonderen Verwaltung. — Unterordnung des Reichsbahnbetriebes begründet keine Jurisdiktion. Bei Schadensverzug und anderen gegen Tiere als nicht verwertbar. Landgerichtsbehörden in Aue, Marienberg, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 160.

Mittwoch, den 12. Juli 1922.

75. Jahrg.

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden:

- 1) Am 22. Juni 1922 auf Blatt 506 die Firma **Baustütte „Erzgebirge“**, **Soziété Baugesellschaft mit beschränkter Haftung**, in Aue. Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. April 1922 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist 1.) die Ausführung von Bauarbeiten jeder Art und die Übernahme ganzer Bauaufträge auf Selbstleitung, die vorzugsweise den Zwecken der Kleinwohnungsfürsorge zur Förderung der minderbemittelten Volkskreise durch Verbildigung der Baumeister dienen, sowie 2.) die Übernahme von und die Beteiligung an Betrieben, die mit der Durchführung dieses Zweches in Verbindung stehen. Die Gesellschaft ist aus Vormabnamen aller mit dem angegebenen Sogenannten über dem Zweck mittelbar oder unmittelbar in Verbindung stehenden Betriebs- oder Nebengeschäften befreit. Das Stammkapital beträgt dreihundert vierundachtzig Mark. Die Geschäftsführer sind, falls mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer oder, falls Prokurrativen ernannt sind, auch durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokurrativen vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Gewerkschaftsbeamte Hermann Jettel in Aue. Weiter wird bekannt gegeben, daß die Bekanntmachungen der Gesellschaft im Deutschen Reichsanzeiger erfolgen.
 - 2) Am 26. Juni 1922 auf Blatt 397, die Firma **Siegfried Käfer** in Aue betr.: In das Handelsgeschäft ist eingetreten der Kaufmann Paul Käfer in Zwickau. Die Gesellschaft ist am 8. April 1922 errichtet worden.
 - 3) Am 27. Juni 1922 auf Blatt 316, die Firma **Eugen Lange** in Aue betr., daß der bisherige Inhaber Julius Eugen Lange ausgeschieden und doch Inhaber ist der Karbonenfabrikant Reinhard Rudolf Lange in Aue.
- Amtsgericht Aue, den 7. Juli 1922.

Hemmungen.

E. Gleich schwarzäugigen Ulzen haben die Meldungen über die neue Wiederherstellungskrise das innerpolitische Gewölk gereift. Die deutsche Regierung hat, wie schon gemeldet, einen neuen Zahlungsaufschub nachsuchen müssen, was an sich keine Überraschung, von den Gegnern der Erfüllungspolitik um jeden Preis aber immer vorangegangen ist. Die innerpolitische Krise hat die außenpolitischen Gefahren leider zutagegebracht. Dasselbe sind diese nun riesengroß herangewachsen. Wie viel politische Energie ist in den letzten Wochen nutzlos vertan worden. Dabei stand an sich schon fest, daß der Juli eine neue Wiederherstellungskrise bringen würde. Der Zahlungsaufschub, den der Wiederherstellungsausschuß im März bewilligte, war nur eine Attempause. Auf die Dauer waren auch die Monaten von 50 Millionen Goldmark nicht zu leisten, zumal dann nicht, wenn die Auswendungen für die Sachleistungen nebenher liegen. Der Monat Juli hätte also auf alle Fälle die schwere Wiederherstellungskrise gebracht. Heute verfügt die Reichsbank nicht über die Mittel, um die 50 Millionen Goldmark am 15. Juli zu zahlen. Der "Vorwärts" behauptete am 8. Juli, die Reichsbank habe gewaltige Devisenbestände auf dem Markt geworfen, um den Marktaufsatz zu stützen. So gewaltig können diese Bestände nicht gewesen sein, sonst hätte nicht das Zahlungsaufschub gestellt zu werden brauchen. In Paris und London dümmert die Ereignisse, daß die bisher geliebte Dauerschraubenpolitik nicht fortgesetzt werden kann. Jedoch wäre es verfehlt, daraus eine Erleichterung für uns zu folgern, denn Frankreich wird sicher sofort bei der Hand sein, um ein verschärftes Ruffichtsrecht des Garantikomitees durchzuführen. Was die deutsche Regierung zu tun oder zu lassen gedacht, darüber sind wir so gut wie garnicht unterrichtet. Die offiziellen Korrespondenzen bringen noch immer Material über Verschwörungen und Verschwörergruppen, aber keinen Hinweis über die Pläne der Regierung in Sachen der Wiederherstellungskrise. Es ist die Aufgabe der Polizei, die Räuber zu verfolgen, sowie Verschwörergruppen aufzudecken. Über das deutsche Volk hat davon unabdinglich ein Recht zu erfahren, was mit ihm und seiner Wirtschaft geschehen soll. Der Reichshaushaltplan ist heute schon als überholt und erledigt zu bezeichnen. Auch die Zwangsantike wird die Fehlentnahmen nicht decken können, umso weniger, als bei einem Teil der Verbrauchssteuern mit einem starken Einnahmeausfall zu rechnen ist. Das Schlagsegen bringt uns über den Fehlentnahmen im Reichshaushaltplan nicht hinweg. Der schärfste Einschätzungsfeind unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage nicht, schafft vielmehr nur neue Hemmungen, wie sie neuerdings im Marktfürst geschaffen hat. Jeder Marktfürst läßt neue Lohnkämpfe an, die wieder die Wirtschaftskraft des Reiches an sich schwächen. Gewiß, der Marktfürst war unvermeidlich, er hätte aber weniger schroffe Formen angenommen, wenn nicht das Vorgehen der Sozialisten schwere Sorgen im Inland und Ausland erzeugt haben würde.

Das verbotene Eingreifen der Reichsbank.

Berlin, 10. Juli. Die Beratungen im Reichsfinanzministerium über Gegenmaßnahmen gegen den Marktfürst sind gestern abgebrochen worden. Das Verbot der Garantiekommission an die Reichsbank, Devisen zur Stützung des deutschen Marktkurses herzugeben, haben die weiteren Verhandlungen und Beratungen als vorläufig ausichtslos erscheinen lassen.

Bonbon, 10. Juli. Zwischen den Alliierten und Deutschland ist ein wichtiger Deutschenwechsel über die Reparationen im Gange. Die deutsche Regierung betreibt ein möglichst schnelles Zusammentreffen des Obersten Rates oder wenigstens der alliierten Finanzminister. Washingtoner Deutschen deuten an, die amerikanische Regierung würde vielleicht an zeitweiligen Maßregeln zur Verhinderung des völligen Zusammenbruches des Marktes teilnehmen, wenn die Alliierten Sicherungen böten, daß daraus eine einstige dauernde Regelung folgen würde.

Bonbon, 10. Juli. Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" hält eine Zusammenkunft der alliierten Finanzminister und der Reparationsabteilungen für unvermeidlich. Hierbei würden vielleicht mit Rücksicht darauf, daß der Sturz des Marktes auch andere Länder nicht nur im Westen, sondern auch im Osten und Süden Europas in Wirtschaftlichkeit gehe, noch einige weitere Signatur-

meldete des Verfassers Vertrages zur Teilnahme eingeladen werden, die nicht im Übersehen fällt vertreten sind. Infolge des Zusammenbruches der deutschen Mark würden die Alliierten vielleicht das Bankierkomitee einladen, anstatt im Herbst schon jetzt zusammenzutreten und ihm Vollmacht geben bezüglich aller Einzelheiten des Reparationsproblems. Angesichts der Folgen eines Misserfolges des Komitees werde Frankreich vielleicht dem Komitee volle Freiheit in seinen Beratungen lassen.

Paris, 10. Juli. Der katastrophale Sturz der Mark beginnt nunmehr in den mäßigenden alliierten Kreisen größte Aufmerksamkeit zu erregen, und man sucht eifrig nach Mitteln, um einem weiteren Sturz des Marktes Einhalt zu gebieten. Aus Washington wird gemeldet, daß die englische Regierung an den amerikanischen Botschafter in London, Duran, die Aufforderung gerichtet habe, er solle die Vereinigten Staaten einladen, geeignete Mittel einzugeben, um der finanziellen Katastrophe Deutschlands vorzubeugen. Hierüber war bisher zwar keine offizielle Bekanntigung zu erhalten; es wird jedoch bekannt, daß der amerikanische Handelsattaché bei der Botschaft in Berlin einen eingehenden Bericht über die finanzpolitische Lage Deutschlands an die amerikanische Regierung gerichtet hat. Der New Yorker Herald mit, daß dieser Bericht außerordentlich alarmierend in den Vereinigten Staaten gewirkt und in mäßigenden Kreisen schwere Beurteilungen für die deutsche Republik hervorgerufen habe. In den Staatsdepartementen interessiert man sich außerordentlich dafür, was Frankreich zu tun gedenkt, halte es jedoch für wahrscheinlich, daß auch Frankreich geneigt sei, einem Ersuchen Deutschlands um ein neues Mandatum nachzuhören.

Remscheid, 10. Juli. "Daily Express" verlangt, daß an Stelle des Verfassers Vertrages ein neuer Friedensvertrag geschlossen werde. Die Männer von 1919 hätten im Dunkeln gearbeitet und nicht wissen können, wie das Nachkriegseuropa ausschien werde. Heute aber müssen sie es. Das Blatt hofft, daß Harding nach den Novemberwahlen die Signaturmündigkeit des Verfassers Vertrages zu einer Konferenz nach Washington einladen werde, um den neuen Vertrag abzuschließen.

"Herald" meldet aus New York: Der deutsche Botschafter v. Wedel-Jeld ist mit einem wichtigen Auftrag nach Deutschland abgereist. Er hatte vorher eine lange Unterredung mit Harding und Hughes.

Der britische Banknotenmangel.

Berlin, 10. Juli. Das Hauptinteresse der zuständigen Stellen konzentriert sich gegenwärtig auf die durch die Stilllegung der Reichsbundesbank entstandene Lage, die nachgerade bedenklich zu werden beginnt. Besonders hatte es in der am letzten Sonnabend abgehaltenen Funktionärsversammlung der Buchdrucker zu stürmischen Auseinandersetzungen geführt, daß trotz des Sturzes gewisse notwendige Arbeiten für die Regierung, wie z. B. der Druck des Gesetzblattes, mit Zustimmung der Verbandsleitung ausgeführt worden waren und es wurde daraufhin die restlose Stilllegung des Druckereibetriebes der Reichsbundesbank beschlossen. Dieses Vorgehen der Streikenden hat die Reichsregierung in eine schwierige Lage gebracht, die durch den immer drohender werdenden Mangel an Geldnoten sich von Tag zu Tag verschärft. Unter den jüngsten Verhältnissen wird es den großen Werken und Unternehmen nicht möglich sein, von der Reichsbank die zur Rohzehrung in dieser Woche erforderlichen Mittel zu erhalten.

Berlin, 10. Juli. Von den heutigen in Leipzig beginnenden Einigungskonferenzen im Buchdruckergewerbe erwartet man ein baldiges Auftreten des Streiks, so daß die bürgerlichen Zeitungen bereits am Donnerstag früh wieder erscheinen können.

Die Reichsregierung gegen weitere Demonstrationen.

Berlin, 10. Juli. Die Reichsregierung hat die Berliner Gewerkschaften dringend gewarnt, am Dienstag Demonstrationen zu veranstalten, da die Gefahr neuer Unruhen vorliegt. Die Polizei sei anwesend, bei Demonstrationen gegen Gewalttäterschaft einzutreten. Anschließend sollen gewisse Akte mit den Demonstrationen auch Schadensaussetzungen durchgehen. Die Regierung bemüht sich auch nachdrücklich für die Beendigung des Berliner Zeitungsstreiks, der ihr gefährlich wird zu werden beginnt. Falls bis spätestens Dienstag früh keine Einigung im Zeitungsstreik erfolgt, will die Regierung eingreifen und die Herausgabe einer Einheitszeitung veranlassen, damit der gesetzlichen Gerichtsordnung entgegen treten werden kann.

Spanien protestiert.

Madrid, 10. Juli. Wie die "Gazette de France" mitteilt, sind im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Organisation C neuen Versetzen in Spanien getroffen worden. Von diesen wohnen fünf seit Januar seit überwiegend nicht mehr in Spanienheim, in Madrid. Diese

Schwarzenberg. Mutterberatungsstelle.

Die Beratung für Kinder bis zum 6. Lebensjahr in Schwarzenberg mit den Stadtteilen Schönfeld und Wildenau findet Mittwoch, den 12. Juli 1922, nachm. von 4—6 Uhr und Sonntagsberatung von 3—4 Uhr im Wohlfahrtsamt — Tordöhlhaus — statt. In Neuwelt ist die Beratungsstunde am Donnerstag, den 13. Juli 1922, nachm. 1/4—5 Uhr, im Pfarrhaus Neuwelt.

Schwarzenberg, den 10. Juli 1922. Der Rat der Stadt. — Wohlfahrtsamt.

Kessig- und Stochholzversteigerung. Im Saale des ev. Vereinshauses ("Kerberger") in Löbau sollen Sonnabend, den 15. Juli 1922, nachmittags 3 Uhr, 180 Raummeter Kies, 50 Stöcke, aufbereitet auf dem Schlag im Grünwald, aufgliedert auf dem Schlag im Grünwald, soweit sie noch nicht mit Holz versehen sind, gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Der Kirchenvorstand zu Löbau. Oberpfarrer Vic. Theol. Schuler.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des "Erzgebirgischen Volksfreundes" in Aue, Schneeberg, Zschopau und Schwarzenberg eingesehen werden.

Person ist flüchtig. Drei Studenten wurden wegen angeblicher Schädigung zur Organisation C festgenommen. Von diesen dreien ist einer einziger Bayer. Die vorgenommenen Haussuchungen förderten kein einladendes Material auf, so daß die Freilassung der Studenten bevorsteht. Zahlreiche Personen, darunter Budenwirte, wurden vernommen, die Vernehmungen verliefen aber ergebnislos. Die Polizeidirektion München wird sich mit einer Beschwerde an das Ministerium wenden, weil die Berliner Polizei sich einer Verletzung des bayerischen Hoheitsrechts schuldig gemacht haben soll.

Berlin, 10. Juli. Die Reichsregierung hat in einer Note nach München nachdrücklich ein Verbot der Regimentsfeiern verlangt, das Bayern bisher nicht erlassen hat.

Das Amnestiegelsgesetz.

Berlin, 10. Juli. Im Reichsausschuß des Reichstages wurde das Amnestiegelsgesetz beraten. Im Laufe der Beratung erklärte Reichsverkehrsminister Gröner, daß eine Amnestie für die anlässlich des Februarstreiks zur Verantwortung Gezogenen zu einer Verhinderung des Verweserungskomitees führen und die Autorität der Reichsregierung ernstlich gefährdet würde. Für die Reichsbahn würde eine solche Schädigung des Ansehens der Regierung sich durch ein Nachlassen der Arbeitsintensität fühlbar machen. Das aber würde eine Stillung der von einflussreichen Kreisen entfachten Bewegung zum Zwecke der Entmilitarisierung der Reichsbahn zur Folge haben und nach der Besetzung des Ministeriums spätestens dann zum Erfolg führen, wenn der Rückgang in der Konjunktur nicht mehr erlaubt, die gestiegerten Ausgaben durch Tarifabschlüsse auszugleichen. Die Reichsregierung hofft deshalb der Förderung einer Amnestie für die Teilnehmer des Februarstreiks nicht entsprechen. Verbrechen und Vergehen, wie Transportabschaltung, Beamtenplötzung, Verleumdungen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar, wie Sabotage, Terrorisierung Arbeitwilliger und Aufruhr zum Streik, seien schwer, doch die Reichsregierung ist nicht streng lassen. Solche Straftaten müßten auf die damals freigebliebenen Beamten verwindend wirken. Der Minister versicherte, daß er für milde Behandlung der zu erwartenden Fälle eintreten werde.

In der Abstimmung wurde der Antrag der Sozialdemokraten und der Unabhängigen, welche die Amnestie auf gewisse politische Straftaten im Gebiete des gesamten Reiches ausdehnen wollten, abgelehnt. Angenommen wurde die Regierungsvorlage, welche gewisse gegen das Reich gerichtete Straftaten strafft. Gegen das Amnestiegelsgesetz stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei.

Der Reichspräsident an Oberschlesien.

Berlin, 10. Juli. Der Reichspräsident richtete aus Anlaß der Übergabe des deutsch bleibenden Teiles Oberschlesiens an die deutschen Behörden folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten von Oppeln: Am Tage der Ueberleitung der uns gebliebenen Teile Oberschlesiens sende ich dem schwergeprägten Volke meine Freude und Wünsche. Umso dankbarer ist mir die Befreiung der treuen Deutschen Bevölkerung, die allen Verludungen und Bedrückungen zum Trost ihres manhaftesten Verteidigers zum deutschen Vaterland abgelegt hat. Mit tiefer Trauer gedenke ich der entzifferten Bandestiere und ihrer Bewohner. Wir werden ihnen die Freude halten, mit ihnen den gemeinsamen Schmerz über das erbublige Unrecht tragen. Die wirtschaftlichen Wunden, welche die Fremdherrschaft uns durch die Vertreibung des Volkes geschlagen hat, muß deutscher Fleiß und deutsche Hilfsbereitschaft zu heilen versuchen.

Große Erregung im Ruhrbezirk.

Osnabrück, 10. Juli. Im Ruhrbezirk haben gestern wieder Betriebsversammlungen stattgefunden. Überall zeigt sich große Erregung. Im belgischen Besitzungsgebiet sind wieder eine Anzahl kommunistischer Agitatoren durch das belgische Militär festgenommen und ausgewiesen worden.

Berlin, 10. Juli. Auf der am Sonntag in Köln abgehaltenen Konferenz der Funktionäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes, an welcher auch die Betriebsräte der im Ruhrbergbau vertretenen Betriebe teilnahmen, nahm Minister a. D. Siegerwald Sitzung zur Sache im Ruhrbezirk. Er legte u. a.: Ein Streik im Ruhrbezirk ist zurzeit nicht aus Wahnlust, er ist ein Verbrechen. Die kapitalistischen Militärs und Kapitalisten stehen für nach dem Ruhrkrieg, dem industriellen Herzen Deutschlands. Sie erwarten den Zeitpunkt, wo ein Streik alles durchdringen wird und sie sich vor der Welt als Mächtigkeit des Menschheit aufspielen wollen, wenn sie die Hand auf dieses Herz, das wie nie mehr in Orientierung hält. Wenn sie lügen in der Sache sind. Wäre den Ruhrbezirksleuten, wenn sie unter den Schülern der französischen Besatzung kommen. Das Saarpolitik freigt Wunde. Ein Streik von nur 14 Tagen würde für Millionen Menschen Nahrungsbedarf haben. Das Ruhrpolo würde in kurzer